Im Schatten von San José

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-337450

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROLF REVENTLOW

Im Schatten von San José

Präsident Kennedy ist von der Konferenz in der kleinen Hauptstadt des mittelamerikanischen Musterländles Costa Rica sehr befriedigt zurückgekehrt. Befriedigt hat ihn die ohne sichtbare Schwierigkeiten erzielte Einigung über verschiedene Maßnahmen aller mittelamerikanischen Staaten gegen politische Infiltrationsversuche des kubanischen kommunistischen Regimes. Befriedigt hat ihn auch der Empfang in Costa Rica, der Besuch einer christlich-demokratischen Studentenabordnung der Universität von San José und der begeisterte Empfang in den Straßen in dem idyllischen Hauptstädtchen von Costa Rica.

Zweifellos war der Konferenzort gut gewählt. Der letzte Bürgerkrieg ist in Costa Rica schon 15 Jahre her. Seither hat man die Armee – die Quelle vieler Übel in lateinamerikanischen Ländern – aufgelöst, die Kasernen in Schulen verwandelt und eine recht stabile demokratische Ordnung aufgebaut. Jedermann kann von der Straße aus die Zuschauertribüne des Parlaments besuchen, wo die 54 Abgeordneten, von den Zuschauern durch eine riesige Glasscheibe getrennt, aber durch eine Lautsprecheranlage hörbar verbunden, über die Geschicke des Landes beraten. Beherrscht wird diese ruhige politische Landschaft von der Mehrheit der Partei der nationalen Befreiung, der auch Präsident Orlich angehört. Einige ihrer führenden Persönlichkeiten sind weit über ihr Heimatland hinaus bekannt und gehören mit dem venezolanischen Präsidenten Betancourt, mit dem Gouverneur von Puerto Rico, Muñoz Marín, und dem peruanischen Führer der sogenannten APRA-Partei, Haya de la Torre, jener Gemeinschaft lateinamerikanischer politischer Gruppen an, die man gemeinhin in den letzten Jahren als die «demokratische Linke» bezeichnet.

Es gibt auch Kommunisten in Costa Rica. Sie treten aber nicht unter ihrem Namen auf. Sie wagen es nicht einmal, sich offen zu Fidel Castro zu bekennen oder gar, wie in Venezuela, unter verschiedenen Bezeichnungen gewalttätige Aktionen gegen die demokratische Regierung des Landes anzuzetteln. Dennoch sollte man sie nicht unterschätzen. In ähnlicher Form wie die für die Bundesrepublik bestimmte Propaganda der ostzonalen SED werden auch in Costa Rica kleine Zeitschriften oder Broschüren verteilt. Es gibt eine Reihe von Gewerkschaftsverbänden, in denen sie wirken. Dennoch, das Gesamtbild ist ausgeglichen, stabil und relativ frei von den heftigen Stimmungsaffekten, die sich ein wenig überall in Lateinamerika bemerkbar machen, sobald man auf die Vereinigten Staaten zu sprechen kommt.

In einem derartigen politischen Klima ließ sich zweifelsohne gut sprechen über die strategisch-politischen Absichten Fidel Castros, die seine unmißverständlich auf die Durchdringung des lateinamerikanischen Bereichs gerichteten Bemühungen bestimmen. Costa Rica unterscheidet sich eben grundsätzlich von seinen nördlichen Nachbarn auf dem mittelamerikanischen Isthmus. Der letzte Bürgerkrieg wurde gegen eine politisch schwer zu definierende Clique, die sich um einen gewissen Calderón Barca scharte und gegen die mit ihm verbündeten Kommunisten geführt. Die folgenden Jahre brachten demokratische Ordnung, sozialen Fortschritt und erhöhtes Lebensniveau, wenn es im einzelnen auch nicht an Problemen mangelt.

Wesentlich anders aber sieht die Lage in den anderen mittelamerikanischen Ländern aus, die an der Konferenz in San José teilnahmen. Politisch ist unter ihnen nur das nicht sehr bedeutende Honduras ein wenig im Gleichgewicht. Alle aber unterscheiden sich schon dadurch von Costa Rica, daß ihre Bevölkerung nationalpolitisch keineswegs eine Einheit bildet. Costa Rica kennt keine Analphabeten. Sogar die Neger an der Ostküste, die untereinander die Sprache ihrer früheren Sklavenherren, nämlich englisch, sprechen, gehen in die Schule. Jedermann spricht und schreibt die spanische Staatssprache. Kleine Reste rein indianischer Gruppen in der abgelegenen Bergprovinz Talamanca stören nicht den Eindruck einer vorwiegend europäischen, wenn auch leicht gemischten Bevölkerung.

In Nicaragua, Salvatore, Honduras und erst recht in Guatemala dagegen finden sich vielerlei Zivilisationsstufen unter den Indianern, die durch mangelnde Schulen vielfach dem spanischen kulturellen Bereich noch ferne stehen oder gar in Stammesverfassung leben. Dies ermöglicht kleinen Cliquen, die eine relative wirtschaftliche Macht besitzen, auch die politische Macht auszuüben. Die Mittel hierzu sind, wenn einmal die staatlichen Kommandohöhen gesichert wurden, die Polizei und die – in diesen Ländern völlig überflüssigen – militärischen Einheiten. In der politischen Umgangssprache Lateinamerikas nennt man diese Cliquen Oligarchien. Mitunter artet so eine Oligarchie in eine Art Familienbetrieb mit beherrschenden Funktionen im Wirtschaftsleben des Landes aus. Das ist der typische Fall der Gebrüder Somoza in Nicaragua. Daher kann es auch nicht überraschen, wenn Vertreter der dortigen konservativen aber sich dessenungeachtet «revolutionär» nennenden Partei beim Kaffee in Costa Rica beiläufig bemerken, mit den Somozas würde man erst fertig, wenn man sie umbringt. Da sei nichts dabei, denn unter ihrer Herrschaft seien ja auch viele Menschen ums Leben gebracht worden. Niemand, auch nicht die Kommunisten, würde in Costa Rica in dieser Weise etwa von dem jetzigen Präsidenten Orlich oder von seinem Vorgänger und Vorsitzenden der Partei der nationalen Befreiung, Pepe Figueres,

oder gar von dem politisch in dieser Partei maßgebenden Pater Núñez zu sprechen wagen.

Dies sind die äußerlich sichtbaren Unterschiede der politischen Verfassung im mittelamerikanischen Isthmus, der zweifelsfrei ein Nahziel der offensiven Strategie Fidel Castros darstellt. Der Gegenzug von Kennedy zielt nun darauf ab, in eben diesem so unterschiedlichen Bereich eine Art gemeinsame Front gegen Kuba herzustellen, wobei er in sehr geschickter Weise in San José nicht übersah, die unbestreitbare Vergangenheit kolonialistischer Vormachtherrschaft der Vereinigten Staaten zu kritisieren. Diese Vergangenheit lastet schwer auf der nordamerikanischen Politik südlich des Rio Grande, der Grenze Mexikos und des Beginns von Lateinamerika. Die Zeiten haben sich zwar geändert. Doch das ist nicht immer sinnfällig. Man kann sich zwar heute nicht mehr vorstellen, daß die Vereinigten Staaten einfach den mexikanischen Hafen Vera Cruz besetzen würden, wenn sie irgendeine Meinungsverschiedenheit mit der mexikanischen Regierung zu bereinigen haben. Aber die Intervention in Guatemala zu Zeiten des Präsidenten Arbenz und weit mehr noch die Hilfe für die Landung in der Schweinebucht auf Kuba machen es den Fidelisten leicht, von amerikanischen «Imperialisten» zu reden und die alten, überall vorzufindenden antiamerikanischen Stimmungen aufzuputschen.

Die Zusammenkunft in San José bietet außerdem natürlich Gelegenheit, auf der antiimperialistischen Geige zu spielen. Obwohl es in Kuba keine Wahlen gibt und Fidel Castro sich dessen auch rühmt, kritisiert die fidelistische Propaganda natürlich die Wahltricks von Ydígoras Fuentes in Guatemala oder gar erst die der Somoza-Oligarchie in Nicaragua. Kennedy verwies nicht ohne Wirkung auf die Tatsache, daß es heute einen neuen Imperialismus in Lateinamerika gibt, die sowjetische Kolonisierung Kubas. Doch um dieses Argument zur Geltung zu bringen, bedarf es bereits eines Mindestmaßes von politischer Überlegung. Emotionen sind leichter zu erwecken, und dies um so mehr, als die wirtschaftliche Struktur Mittelamerikas immer noch sichtbar die Zeichen der Vormachtstellung nordamerikanischer Unternehmungen trägt, die als Kolonialherrschaft empfunden wird. Die meisten Eisenbahnen in den Isthmusländern gehören entweder dem großen Bananenkonzern United Fruit, der Standard Fruit oder anderen ausländischen Kapitalgesellschaften, ebenso die Telegraphenverbindungen und Telephonnetze. Vor Jahrzehnten war dies ein Fortschritt. Aber nicht alle diese Investitionen weisen Zuwachsraten in vorwiegend agrarischen Ländern auf, die zu technischen Modernisierungen ermuntern. Das Ergebnis ist, daß man beispielsweise in Costa Rica nur im Notfall zum Telephon greift, weil die Verständigung oft mühsam, mitunter aber auch unmöglich ist.

In Guatemala ist die United Fruit praktisch ein Staat im Staate, und dies

dazu mit vorwiegend ausländischem Personal, soweit nicht die manuellen Arbeiter in Frage kommen. So beherrscht sie auch die – an sich schwache – Energieerzeugung und versorgt die Hauptstadt mit Strom. Konzessionsverträge aus alten Zeiten sehen vor, daß die United Fruit nicht auf diplomatischem Wege mit der Regierung verhandeln darf. So steht es geschrieben. Die Wirklichkeit entspricht diesem Gebot nicht immer. Wen wundert es, daß der vielumstrittene Arbenz mit seiner Landreform bei den breiten Volksmassen populär wurde. Wohlgemerkt, zuerst wurde nur unbebautes Land expropriiert. Die United Fruit stritt dann um diesen Begriff und ließ durch die damalige nordamerikanische Regierung nicht weniger als 16 Millionen Dollar Schadenersatz fordern. Mit antikommunistischen Parolen ist diesem Kapitel der Geschichte Guatemalas schwer beizukommen, zumal wenn die United Fruit auf ihren Eisenbahnen für die Kaffeefrachten der selbständig wirtschaftenden Bauern den zehnfachen Frachtsatz als für die eigenen Bananentransporte nimmt.

Überall ist es nicht wie in Guatemala. In Costa Rica ist die Tochtergesellschaft der United Fruit sozusagen gebändigt, die Zahl der ausländischen Angestellten stark kontrolliert, die Sozialversicherung nicht zu umgehen und die Mindestlöhne beinahe auf EWG-Niveau. Sie beschäftigt hier auch nur etwa zehn Prozent der Arbeiter dieses Landes. In Honduras sind es schon 20 Prozent, wozu noch kommt, daß die Ausländerklausel kaum beachtet wird und das Land im wesentlichen von dem Bananenexport abhängt. Die auf Bananen überwiegend oder zu einem erheblichen Teil basierende Wirtschaftsstruktur ist eines der großen Probleme der mittelamerikanischen Länder. Es gibt Erkrankungen der Pflanzungen, Marktschwierigkeiten und andere Ursachen für große Schwankungen in Produktion und Ausfuhr. Weniger schwankend ist die Ausbeutung der Bodenschätze, vor allem Gold und Silber. Ausgeführt werden die Roherze, raffiniert wird in den Staaten oder in Kanada. In Nicaragua dürfen kanadisch-amerikanische Gesellschaften dabei die Abbaugegend abholzen und die Wasserkräfte unkontrolliert für sich in Anspruch nehmen. 15 bis 20 Prozent des Werts der Ausfuhr Nicaraguas stammen aus dieser primitiven Ausbeutung der Bodenschätze des Landes. Die Gebrüder Somoza sind dabei die politischen Stützen dieses Geschäfts. In Honduras, wo die Liberale Partei als sozusagen Anti-United-Fruit-Partei auftrat und das Land zu demokratisieren sich bemüht, gelten immerhin noch Konzessionen, nach denen die Arbeiter der New York and Honduras Rosario Mining Company nicht dem sonst obligatorischen Militärdienst unterworfen sind. Dafür darf dieses Unternehmen eine eigene Betriebspolizei organisieren.

Nicht alles in Mittelamerika ist auf den Generalnenner der United Fruit zu bringen, nicht überall sind in ihrem Bereich etwa die sozialen Bedingun-

gen ihrer Arbeiter schlecht. Und niemand bestreitet ernsthaft, daß die Stapelgüterproduktion – es geht nicht nur um Bananen – von dieser Gesellschaft am besten kommerzialisiert wird. Aber es verbleibt auf Schritt und Tritt die ausländische Kapitalgesellschaft mit ihren leitenden Angestellten und Technikern aus den Staaten. Ihr Auftreten, in früheren Zeiten dazu auch das Auftreten der nordamerikanischen Diplomaten, erzeugte und erzeugt noch immer jene politischen Emotionen, die der frühere Präsident Arévalo von Guatemala in einem Buch kondensierte, das den bezeichnenden Titel trägt: «Der Haifisch und die Sardinen.» Natürlich sind die Sardinen die mittelamerikanischen Staaten. Und der Haifisch? Nun ja, das kann sich jeder dazudenken.

Heute allerdings sitzt Arévalo in Mexiko und sieht sich als den kommenden Präsidentschaftskandidaten an, der Aussicht auf Erfolg hätte. Er bezeichnet sich als demokratischer Sozialist und hat ziemlich viel Wasser in seinen antiamerikanischen Wein gegossen. Das allerdings nur in Mexiko. In Guatemala rechnet er mit Erfolg auf Grund seiner Haifisch-Sardinen-These. Aber er ist auch ein Gegner des Fidelismus. Sollte er wirklich kandidieren und Erfolg haben, so wird er vermutlich mit den gleichen Schwierigkeiten rechnen müssen wie Betancourt in Venezuela.

Und hierum ging eigentlich die Konferenz von San José. Die Kanäle, durch die Fidel Castro Mittelamerika infiltriert, sollen, zumindest technisch, zugemauert werden. Das ist allerdings auch nicht ganz leicht, denn es gibt allzu viele Exilkubaner in Mexiko wie in Mittelamerika. Zu unterscheiden, wer unter ihnen echt oder nur fingierter Emigrant ist, das ist sicherlich eine Aufgabe, der die an ganz andere politische Aufgaben, die mit anderen politischen Maßstäben gemessen werden, gewöhnte Polizei in Nicaragua oder Guatemala wohl schwerlich gewachsen sein dürfte.

Diese Probleme konnte Präsident Kennedy in San José weder voll übersehen noch gar lösen. Er wollte und konnte lediglich darauf bedacht sein, ein Minimum von Koordination sozusagen in der äußeren Front Mittelamerikas zu erreichen. Dabei versuchte er auch, der sogenannten «Allianz für den Fortschritt» einen Schritt weiterzuhelfen. Es geht hier um die bekannten Vereinbarungen von Punta del Este, deren Zweck es ist, Entwicklungsmöglichkeiten für die unterentwickelten lateinamerikanischen Länder zu schaffen, die nicht von privaten Investitionen zum Zweck der Gewinnerzielung ausgehen, sondern die Infrastruktur dieser Länder auf einen modernen Stand bringen. Das wird in Costa Rica unschwer zu Ergebnissen führen. Doch wie Ydígaros Fuentes in Guatemala oder die Gebrüder Somoza in Nicaragua diese Zukunftspläne handhaben werden, ist eine zweite und schwer zu beantwortende Frage.

Sicher ist nur eines. Das Gespräch von San José wird nur dann zu einem dauernden und guten Ergebnis führen, wenn man sich in Washington darauf einstellt, in Lateinamerika nicht nur Straßenbau und Kanalisation oder den Schulhausbau, sondern auch die Beachtung der demokratischen Spielregeln im politischen Leben zu fördern. Und dazu müssen viele alte Vorurteile der Lateinamerikaner abgebaut werden. Erst dann wird der Kampf mit dem kommunistischen Kuba für die Demokratie gewonnen sein.

DR. WALTER NELZ

Hegel und Marx

Georg Wilhelm Friedrich Hegel lebte 1770 bis 1831, in der Zeit der Französischen Revolution und der klassischen Philosophie und Literatur in Deutschland. Geboren als Sohn eines Staatsbeamten in Stuttgart, studierte er (1788 bis 1793) zusammen mit Hölderlin und Schelling am Tübinger Stift Philosophie und Theologie, und verbrachte anschließend einige Jahre (1794 bis 1797) als Hauslehrer bei einer Familie Steiger von Tschugg in Bern. 1797 bis 1800: Hauslehrer in Frankfurt am Main. 1801 bis 1807: Privatdozent an der Universität Jena. Dann kurze Zeit Redaktor in Bamberg. 1808 bis 1816: Gymnasialrektor in Nürnberg. Endlich 1816 Professor der Philosophie an der Universität Heidelberg und von 1818 bis zu seinem Tode an der Universität Berlin. Die Berliner Jahre bildeten den Höhepunkt seines Wirkens. Jetzt beherrschte er souverän das deutsche Geistesleben. Er starb, erst 61jährig, an der Cholera.

Während seines Lebens ließ Hegel als Hauptwerke erscheinen: Die Phänomenologie des Geistes, 1807. Den ersten Band der Wissenschaft der Logik, 1812, den zweiten 1816. Die Philosophie des Rechts, 1821, sowie die Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften (Logik, Natur- und Geistesphilosophie), eine zusammengefaßte Gesamtdarstellung seines Systems, 1817. Kurze Zeit nach seinem Tode veröffentlichten seine Freunde und Schüler 1832 bis 1842 sein Gesamtwerk in etwa 20 Bänden, das zusätzlich auch seine Vorlesungen enthielt: Philosophie der Geschichte, Geschichte der Philosophie, Philosophie der Religion, Ästhetik. Anhand dieser ersten Gesamtausgabe studierte der junge Marx die Hegelsche Philosophie.

Man weiß, daß das Verhältnis von Marx zu Hegel zwiespältig war. Einerseits fühlte er sich von ihm angesprochen und gefesselt, anderseits stieß